

## LESERBRIEFE

## Technikfeindliche Transrapid-Kritik

Zu: „Transrapid? Vielleicht später“ vom 30. September

Nicht allein um den Transrapid geht es. Wenn man die technikfeindlichen Auseinandersetzungen um den Standort Deutschland Revue passieren lässt, dann kann man im Nachhinein einem Politiker wie Franz Josef Strauß, der mit Weitsicht und Energie vieles durchsetzte, was heute selbstverständlich ist, nur noch Respekt bezeugen. Deutschland hätte sonst sicherlich nicht den heutigen Wohlstand. Möglicherweise hätte sogar die Erfolgsstory Airbus so nicht geschrieben werden können. Aber selbstverständlich fliegen wir heute an die Sonnenstrände in der weiten Welt – und zum Shopping mal eben nach London oder Mailand.

Wenn die Gegner des Transrapid sich wenigstens selber informieren würden. Das mag anstrengend sein. Lieber hört man auf das Hörensagen

und gibt beim Kaffeekränzchen weiter, was man da so gehört hat. Ich mag über die Weisheiten nur staunen, die zusammen mit dem Kaffee immer wieder aufgegossen werden. Der Transrapid sei zu laut, zu teuer, neuerdings auch Energiefresser.

Heide Simonis, ehemals schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin, nannte den Transrapid gar „Stelzenmonster“. Dabei waren schon Tausende Besucher im Emsland an der Versuchsstrecke und sind mit dem Transrapid gefahren (Heide Simonis nie). Die Besucher waren durchweg positiv überrascht. Der Transrapid fährt (full speed) unmittelbar an einer Beobachtungsplattform vorbei und erweist sich dabei als überraschend leise. Weitere Überraschung: Er gleitet (full speed) sanft dahin. So kann man nur hoffen, dass die CSU sich weiterhin im Sinne des Transrapid starkmacht und dass ihr das Werk im Interesse des Standortes Deutschland gelingt.

Karl E. H. Mayer, Stewig

## Streit um Bußgelder

Zu: „Staat forciert Jagd auf Raser“ vom 30. September

Gerade Rasern und Drängeln muss Einhalt geboten werden. Bei den Bußgeldern aber handelt es sich um ein Klassenrecht. Als Gutverdiener belastet mich ein Bußgeld von 1000 Euro nicht sonderlich. Das heißt also, dass Reiche für Geld andere in Lebensgefahr bringen dürfen. Warum nicht die einfachste und nächstliegende Lösung: Wer rast und drängelt, beweist, dass er charakterlich nicht fahrtauglich ist – also weg mit dem Führerschein!

Andreas A. Schwarz, München

Liturgie“ ab. Das Gegenteil bewiesen die Massen jugendlicher Teilnehmer und junger Leute. Wer die katholischen Gemeinden in Deutschland kennt und ihnen gerecht werden will, weiß, dass viele Gemeinden darunter leiden, dass die Zahl der geweihten Priester rapide zurückgeht. Viele Gemeindeglieder stellen in ihren Gemeinden einiges Neues auf die Beine, auch wenn es um Gottesdienste geht. Auf der protestantischen Seite gibt es wohl genügend Pfarrer und Pfarrfrauen, aber leider „welken“ die Gemeinden.

Siegbert Ising, Köln

## Unentbehrliche Klimaanlage

Zu: „Kälte im Auto verschärft den Treibhauseffekt“ vom 30. September

Die Klimaanlage im Auto ist für Vielfahrer nicht mehr zu entbehren. Da schwarz lackierte Autos wie Solarkollektoren wirken und den Innenraum unnötig stark aufwärmen, sollten Klimaanlagen in schwarz lackierten Autos verboten werden, da sie nach meinen Messungen 60 Prozent mehr Kühlleistung erfordern.

Heinrich Hermann Esch, Herbrechtingen

## Reform der Vereinten Nationen

Zu: „Nach Birma geht es mit den UN nicht mehr so weiter“ vom 30. September

Weder ein „lupenreiner Demokrat“ wie Putin noch ein kommunistischer Kader wie der chinesische Ministerpräsident Wen sind als Staatsmänner bekannt, die ihren Untertanen Freiheitsrechte gewähren. Deshalb war abzusehen, dass deren Vertreter im Sicherheitsrat ihr Veto gegen Sanktionen im Falle Birmas einlegen würden. Natürlich spielten auch wirtschaftliche Gründe eine wichtige Rolle. Richard Herzingers Vorschlag, die demokratische Welt solle eine öffentliche Fraktion innerhalb der UN bilden, weist einen gangbaren Weg, der allerdings nicht weit genug geht: Im Fall einer Blockade des Sicherheitsrates müssten die UN eine Möglichkeit schaffen, diese aufzuheben. Denkbar wäre, dass das Veto vor der Vollversammlung zu begründen ist. Die Mehrheit (oder zwei Drittel) der Mitgliedstaaten könnte dann das Veto kippen. Sicher ein aufwendiges Verfahren; aber ein Verfahren, bei dem das absurde und verlogene Argument von der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ vielleicht irgendwann nicht mehr gehört werden muss.

Peter Berger, Heiligenhaus

## Rheinland-Pfalz ist anders

Zu: „Bergauf wird geschoben, bergab wird geflogen“ vom 30. September

Gerade zurückgekehrt von einem Wanderurlaub in der Gegend, die Alan Posenerr erradelt hat, möchten wir unsere Empörung über diesen arroganten, einseitigen Bericht zum Ausdruck bringen. Das Land Rheinland-Pfalz und seine herrlichen, aufgeschlossenen Bewohner können nichts dafür, wenn er sich durch den Regen die gute Laune verderben lässt. Wir können ihm eine lange Liste hervorragender Straußwirtschaften und Feinschmeckerlokale nennen, die uns auf das Beste beköstigt haben. Außerdem ist es ein unhaltbares Vorurteil, dass Rentner sich in Rüdesheim betrinken – viele der alten Herrschaften haben dafür gar kein Geld, sondern sind froh, dass sie bei einem Schoppen für ein paar Stunden bei der „schönen Maid“ entspannen können.

Barbara und Manfred Surges, Nümbrecht

## Betrogene Rentner

Zu: „Inflation belastet Bürger viel stärker als bisher vermutet“ vom 30. September

Ihr 20 Millionen Rentner-Wähler wacht endlich auf! Drei Jahre gab es keine Rentenerhöhung trotz stetiger Inflation. Die lächerlichen 0,5 Prozent vom Juli dieses Jahres sind von der höheren Krankenversicherung abkassiert worden. Die Reduzierung der Arbeitslosen-Versicherungsbeiträge geht an den Rentnern vorbei. Nun fordert Dr. Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, die Anpassung des Regelsatzes von Hartz IV von der Rentenentwicklung abzukoppeln und stattdessen die Teuerungsrate zugrunde zu legen. Begründung: „Sonst werden die Betroffenen unter die Armutsgrenze gedrückt!“

Die, die diese Entwicklung vorausgesehen und versucht haben, anderweitig vorzusorgen, sind durch den Euro um einen beachtlichen Teil ihrer Vorsorge gebracht worden. Der Skandal ist die seinerzeitige Ermittlung des Eintrittskurses der D-Mark in den Euro. Die Italiener haben uns vorgemacht, wie es ging. Drei Jahre vor Einführung des Euro stand die Lira bei 1400 zu einer D-Mark. Eingetretten ist Italien mit 990 Lira. Rund ein Drittel besser. Man stelle sich vor, die Rentner hätten für ihr Ersparnis ein Drittel mehr Euro bekommen. So manches Problem gäbe es nicht.

Ulrich Krause, Bielefeld

## Katholische Riten

Zu: „Bischöfliche Langweiler“ vom 30. September

Matthias Kamann hat es begriffen. Die Kirche solle die tridentinische Messe nicht als Skandalon begreifen, sondern statt auf ideologische Kontrahenten sich wieder auf Kirche und Gottesglaubere konzentrieren. Ohne Bindung und die überlieferte Frömmigkeit gibt es keine katholische Kirche mehr. Die Re-Christianisierung kann nur damit erfolgen, dass jeder Priester wieder jeden Tag eine Stille Heilige Messe lesen muss. Hier müssen die Bischöfe mit gutem Beispiel vorangehen.

Martin Haverkamp, Bielefeld

Abgesehen davon, dass es nicht nur in der katholischen Kirche „Bischöfliche Langweiler“ gibt, strotzt der Text von Antikatholizismus. Der Katholizismus sei „in leeren Debatten-Ritualen gefangen“. Ritus und Rituale sind schon zu Kampfbegriffen geworden: „Immer ist es dasselbe.“ Das ist das Typische an der katholischen Kirche, sie muss im Wesentlichen immer dasselbe sagen, immer wieder in anderen Worten und Formen, aber immer dasselbe. Als der Papst in Österreich war, hatte ich nicht den Eindruck, in den Gottesdiensten spielte sich eine „erbarmungswürdige welke



JOHN C. HULSMAN gehört zu den Vordenkern einer konservativen amerikanischen Außenpolitik, die mit der Demokratisierungsstrategie der Bush-Ära Schluss machen will

## Die Neocons sind am Ende

Der 11. September 2001 war eine Zäsur. Zu ihren Folgen gehört der Siegeszug des amerikanischen Neokonservatismus, der innerhalb der Regierung Bush zur vorherrschenden intellektuellen Bewegung wurde. Der Neokonservatismus gedieh, weil die Alternativen so armselig schienen; weil ein schlechter Plan immer noch besser ist als gar keiner.

Die Neokonservativen, insbesondere der damalige stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, machten das intellektuelle Rennen deshalb, weil sie eine trügerisch einfache Weltsicht vertraten, die gut in die Stimmung der furchtbaren Tage nach 9/11 passte: Amerika sei einzigartig mächtig, aber auch einzigartig verletzlich. Der Irak-Krieg war die Folge eines Denkens, das Nation-Building für einfach, örtliche Verbündete für einen Luxus und proamerikanische Regierungen für das einzig mögliche Ergebnis demokratischer Wahlen hielt.

Waren die Defekte dieser fürchterlichen Theorie auch stets offensichtlich, so hatten weder die Wilsonianer in der Demokratischen Partei noch die Realisten in der Republikanischen nach 9/11 etwas Neues zu bieten, die Neocons aber sehr wohl. Die Demokraten schwadronierten von „multilateraler Zusammenarbeit“, ohne je zu erklären, was das im Kampf gegen al-Qaida konkret bedeuten sollte. Die Realisten unter den Republikanern waren zwar wegen des nicht notwendigen, sondern gewollten Irak-Kriegs nervös. Wie die Linke jedoch hatten sie keine Alternativen zu bieten.

Der „ethische Realismus“ bietet nun eine alternative amerikanische Vision, eine kohärente philosophische Alternative, die ganz unterschiedliche, wenn auch allesamt regierungskritische politische Entscheidungsträger wie Hillary Clinton, Brent Scowcroft und Gary Hart begrüßt haben.

Die Grundlagen des ethischen Realismus legen große strategische Denker wie der protestan-

tische Theologe Reinhold Niebuhr, der Vater der modernen internationalen Beziehungen Hans Morgenthau und der Schöpfer von Trumans Eindämmungspolitik George Kennan.

Die Philosophie des ethischen Realismus kann auf fünf Primärtugenden heruntergebrochen werden. Erstens: Vorsicht – sei dir bewusst, dass militärische oder politische Vorhaben nur selten nach Plan verlaufen, weshalb es wichtig ist, einen „Plan B“ zu haben. Zweitens: Demut – gemäß Niebuhrs Gebet: „Gott gebe uns die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die wir nicht ändern können, den Mut, Dinge zu ändern, die wir ändern können, und die Weisheit, das eine vom andern zu unterscheiden.“ Drittens: Studium – weder im Irak noch in Vietnam haben wir Entscheidungsträger stationiert, die viel über die Kultur oder die Menschen, die sie „transformieren“ sollten, gewusst hätten. Viertens: Verantwortung – gute Absichten allein sind nicht genug; vielmehr sollte jede außenpolitische Initiative daraufhin geprüft werden, ob sie Amerika nützt und dem Rest der Welt hilft. Fünftens: Patriotismus – Amerika muss akzeptieren, dass die Bürger

anderer Staaten auch Patrioten sind und dass ihre Differenzen mit uns nicht nur Einflüsterungen des Bösen sind. Schon ein flüchtiger Blick auf diese Liste macht klar, dass diese Philosophie von der gegenwärtigen Regierung völlig vernachlässigt worden ist. Was heißt das aber praktisch?

Nehmen wir den Irak. Statt sich eine andere Welt zu wünschen, sieht der ethische Realismus die Welt so, wie sie ist. Was auch immer die Regierung ursprünglich wollte, die Fakten sind ja unumstritten. Der Irak-Krieg ist zur Rekrutierungsmaschine für den ultimativen Feind, al-Qaida, geworden. Er war, anders als von den Neokonservativen behauptet, nicht kostenneutral, sondern hat den amerikanischen Steuerzahler 400 Milliarden Dollar gekostet – bisher. Er hat die amerikanische Armee ernstlich überdehnt, die Nationalgarde beinahe ruiniert und unsere Fähig-

keit, anderweitigen Bedrohungen zu begegnen, vermindert. Selbst der beinahe völlig betriebsblinde Präsident musste zugeben, dass der Irak inzwischen ein Scherbenhaufen ist.

Statt ohne Sinn und Verstand auf ein demokratisches Nirwana im Irak zu warten, sollte das Ziel sein, einen ausgewachsenen Bürgerkrieg zu verhindern, der die angrenzenden Länder in einen regionalen Konflikt treiben könnte. Das erfordert gänzlich andere Maßnahmen als die ruiniöse neue Offensive im Irak, die wenig mehr ist als das letzte Würfel eines verzweifelten Zockers.

Der Strategie des ethischen Realismus zufolge müssen alle Mächte in der Region konsultiert und ihr gemeinsames Interesse an der Erhaltung des Iraks als ein einheitlicher, wenn auch unruhiger und stark dezentralisierter Nationalstaat formuliert werden. Die gute Nachricht ist, dass sich eine solche Interessengemeinschaft tatsächlich herausbilden könnte.

Eine solche Politik muss die Neokonservativen mit Ekel erfüllen; wie kann Amerika es wagen, mit seinen Feinden zu reden? Gibt es aber eine echte Alternative? Während Präsident Bush noch immer in der verheerenden Vorstellung schwelgt, ein Sieg im Irak sei möglich, ist es ein moralisches Gebot, dass Washington den Irak als das Schlammfeld erkennt, das er ist, und Maßnahmen ergreift, um den Schaden zu begrenzen.

Dennoch sind die Tage des betäubenden Schocks nach 9/11 vorbei. Mit dem ethischen Realismus gibt es nun eine echte politische Alternative zum Neokonservatismus; ein schlechter Plan kann nicht länger überhaupt keinen Plan ausstechen. Noch haben wir keinen „Truman-Augenblick“ erreicht, da beide Parteien in einer moderaten Außenpolitik zusammenfinden. Doch mit dem Aufstieg des ethischen Realismus scheint die Chance eines solchen Augenblicks am Horizont auf.

Aus dem Englischen von Wieland Freund

John Hulsmann ist der Von Oppenheim Scholar in Residence bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Er ist mit Anatol Lieven Autor des Buchs „Ethical Realism: A Vision For America's Role In The World“ (2006)

OLIVER NACHTWEY untersucht den Entwurf für das SPD-Grundsatzprogramm und entdeckt Bekenntnisse zu Konzepten, die eher zur CDU oder gar zur FDP passen würden

## Die Sozialdemokraten werden ordoliberalisiert

Auferstanden aus Ruinen: Wider Erwarten spielt der demokratische Sozialismus eine bedeutende Rolle im wohl finalen Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der SPD. Er ist linker als der „Bremer Entwurf“ vom Frühjahr, der hauptsächlich vom Netzwerkerflügel geprägt war. Doch rückt die SPD damit wirklich programmatisch nach links?

Die Nebelkerze, die Kurt Beck und Andrea Nahles mit der Rettung des demokratischen Sozialismus gezündet haben, verdeckt die strukturellen Veränderungen in der sozialdemokratischen Programmatik. Denn das neue Parteiprogramm ist ein Ausdruck der Christdemokratisierung der SPD, genauer: ihrer Ordoliberalisierung.

Deutlich wird dies an zwei Begriffspaaren: der „sozialen Marktwirtschaft“ und dem „vorsorgenden Sozialstaat“. In der bundesdeutschen Geschichte steht der Begriff soziale Marktwirtschaft für die Ära des Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg, für Wirtschaftswachstum, das mit dem Versprechen „Wohlstand für alle“ verbunden war. Nur: Ein sozialdemokratisches Konzept war es nie – parteigeschichtlich ist es ein christdemokratisches, ideengeschichtlich ein ordoliberales.

Die ordoliberalen Theoretiker, vor allem Walter Eucken, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpcke und der Vater des Begriffs soziale Marktwirtschaft, Alfred Müller-Armack, hatten eine gänzlich andere Perspektive auf Wirtschaft und Gesellschaft als die Sozialdemokratie. Während die Sozialdemokratie den menschlichen Zusammenhalt durch den Markt zerrieben sah, betrachteten die Ordoliberalen den Markt als bedrohtes Wesen, das geschützt werden müsse. Die Ordoliberalen wollten kein Laissez-faire, sondern einen „etatistischen Liberalismus“, in dem sich Markt und Staat gegenseitig begrenzen. In den Worten Alexander Rüstows soll der Staat „nicht entgegen den Marktgesetzen, sondern in Richtung der Marktgesetze“ intervenieren. Im neuen SPD-Parteiprogramm folgt man dieser Form des Liberalismus.

Das neue Leitbild der SPD ist eine Synthese des Denkens der Ära Brandt, neo-revisionistischer Ansätze sozialdemokratischer Sozialwissenschaftler und des Ordoliberalismus. Tobias Diirr, Mitarbeiter von Matthias Platzeck, hat diese Stränge im Begriff des „vorsorgenden Sozialstaats“ amalgamiert und mit den Ideen des dänischen Politikwissenschaftlers Gosta Esping-An-

dersen und des britischen Soziologen Anthony Giddens verbunden. Für sie ist in der Wissenschaft ein vorsorgender Sozialstaat ein Staat, der Bildungschancen ermöglicht.

Der Begriff „Vorsorge“ meint aber auch individuelle Vorsorge der Bürger, etwa durch „Lebenslanges Lernen“ – oder durch die Riester-Rente. Als individuelle Vorsorge funktioniert sie nach dem Kapitaldeckungsverfahren, also nach dem Markt, ist aber staatlich gestützt und reguliert. Diese Art von Vorsorge bildet die Schnittmenge zum ordoliberalen Verständnis von Sozialpolitik.

Die Ordoliberalen waren nicht gegen staatliche Fürsorge als solche, aber gegen Umverteilung, die über die Existenzsicherung hinausgeht. Sie streben nach Eigenvorsorge statt Kollektivvorsorge, privat-individualisierter statt gesellschaftlich-solidarischer Sozialpolitik. Diesen Gedanken hat sich die SPD – trotz der Phrase vom „demokratischen Sozialismus“ – mit dem Konzept des vorsorgenden Sozialstaats zu eigen gemacht.

Oliver Nachtwey ist Politikwissenschaftler an der Universität Göttingen. Eine längere Fassung dieses Textes findet sich online auf [www.debatte.welt.de](http://www.debatte.welt.de)

## WELT DEBATTE

Diskutieren Sie mit: Alle Beiträge des Forums finden Sie im Internet unter [www.debatte.welt.de](http://www.debatte.welt.de)

Leserbriefe geben die Meinung der Schreiber wieder, nicht die der Redaktion. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Wegen der großen Zahl der Zuschriften können leider nicht alle Briefe veröffentlicht oder beantwortet werden. Alan Posenerr betreut als Redakteur die Leserbriefe. Schreiben Sie mit Namen und Postanschrift an: Welt am Sonntag, Leserbriefe, Brieffach 2516, 10885 Berlin. Fax: (030) 2591-7781, E-Mail: [leserbriefe@wams.de](mailto:leserbriefe@wams.de)

Verantwortlich im Sinne des Presserechts für diese Ausgabe: Romanus Otto (Seite 1); Alan Posenerr (Seite Zwei, Forum 12, 13); Peter Müller (Politik 3-11); Romanus Otto (Die Welt am Wochenende 14-16); Stefan Frommann (Sport 17-24); Jörg Eigendorf (Wirtschaft 25-40); Michael Fabricius (Finanzen 41-50); Matthias Wulff (Kultur/Medien 73-79, 83-84, Literatur 85-92); Norbert Lossau (Wissen 90-92); Julia Witt (Stil/Kunstmarkt 93-98); Michael Fabricius (Immobilien 97-104); Christoph Keese (Motor/Boote 65-72); Julia Witt (Reise 99-110); Jan Draeger (Berlin B1-10); Jörn Lauterbach (Hamburg HH 1-22); Andreas Fasel (NRW 1-12); Stefan Felberger (Bayern BY 1-6); Michael Dilger (Foto); Michael Holenz (Anzeigen); Ausführendes Impressum S. 46

Verlag und Druck: Axel Springer AG, Axel-Springer-Str. 65, 10885 Berlin, Telefon: 030 2591-0